

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d



## Inhalt

Dr. Wilhelm Bruns, Abteilungsleiter im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, setzt sich mit Windelens Vorschlag für einen abrüstungspolitischen Beitrag der beiden deutschen Staaten auseinander: Auftrag zur Friedenssicherung.

Seite 1

Magdalene Hoff MdEP, Mitglied des Haushaltsausschusses des Europäischen Parlaments und Mitglied des SPD-Parteivorstandes, kommentiert die Etatberatungen des Europäischen Parlaments: Ein Haushalt für 12.

Seite 5

Karl-Heinz Hiersemann MdL, Stellvertretender Vorsitzender der bayerischen SPD-Landtagsfraktion, fordert ein Tempolimit auf Bayerns Straßen: Weniger Unfälle bei Geschwindigkeitsbegrenzung.

Seite 6

40. Jahrgang / 235

10. Dezember 1985

Helfen, den Frieden in Europa zu sichern

Eine Auseinandersetzung mit Windelens Vorschlag für einen abrüstungspolitischen Beitrag der beiden deutschen Staaten

Von Dr. Wilhelm Bruns

Abteilungsleiter im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die deutsch-deutschen Beziehungen sind an einem Punkt angekommen, wo neue Überlegungen und Anregungen im Rahmen der gültigen Verträge nötig und möglich sind. Konzeptionell und operativ! Nach einer Phase, in der es in der Deutschlandpolitik um die Formalisierung der deutsch-deutschen Beziehungen ging, sowie vorwiegend das Humanitäre im Vordergrund stand, stehen wir heute vor der Frage, was die beiden deutschen Staaten tun können, um ihren spezifischen Beitrag zur Friedenssicherung in Europa zu leisten. Am Anfang einer angemessenen Antwort auf diese sicherheitspolitische Frage sollten einige Prämissen stehen, die für eine sachgerechte Erörterung der sicherheitspolitischen Komponente in den deutsch-deutschen Beziehungen wichtig sind:

- Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik gehören antagonistischen Bündnissystemen an: die Bundesrepublik der NATO, die DDR der Warschauer Vertragsorganisation.
- Die beiden deutschen Staaten sind die wichtigsten Verbündeten ihrer jeweiligen Führungsmächte USA und Sowjetunion.
- In Mitteleuropa, dessen Kern die Territorien Bundesrepublik und DDR umfaßt, gibt es eine solche Ballung von Militärpotential wie sonst nirgendwo auf der Welt.
- Bundesrepublik und DDR sind vom Scheitern der Abschreckung als Konstituente der Ost-West-Beziehungen existentiell betroffen. Sie sind vital an der Ausgestaltung gemeinsamer Sicherheit interessiert, und für sie stellt sich die Alternative: Entweder gemeinsam überleben oder gemeinsam untergehen.

Verlag und Redaktion:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany  
with maximum recycling  
Recycling Paper



- Die beiden deutschen Staaten sind jedoch nicht nur als Objekt betroffen von der internationalen Entwicklung, sondern sind auch an Verhandlungen als Subjekt gleichberechtigt beteiligt. Dies eröffnet Chancen.
- Von deutschem Boden muß Frieden ausgehen.

Auch der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, hat diesen Satz an den Anfang seines beachtenswerten Grundsatzartikels gestellt (Bulletin. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Nr. 138 vom 6. Dezember 1985). Beachtenswert ist dieser Artikel auch deswegen, weil hier ein Mitglied der Bundesregierung darzulegen versucht, worin der „abrüstungspolitische Beitrag“ der beiden deutschen Staaten bestehen könnte. Einer der Ausgangspunkte von Heinrich Windelen ist: „Kein Volk der Welt ist stärker an der Erhaltung und Sicherung des Friedens interessiert als das deutsche, denn an der Grenze zwischen den beiden Staaten in Deutschland stehen die beiden großen Militärbündnisse einander unmittelbar gegenüber. Gäbe es hier einen bewaffneten Konflikt, so wäre unser Land der erste Kampfplatz, und das deutsche Volk sehe sich vor die Frage seiner Existenz gestellt.“

Aus diesem Befund herleitend haben Bundesrepublik und DDR sich in Artikel 5 des Deutsch-Deutschen Grundlagenvertrages verpflichtet, „die Bemühungen um eine Verminderung der Streitkräfte und Rüstungen in Europa“ zu unterstützen. Dies, so Windelen, „muß in konkrete Politik umgesetzt werden“. Wie soll dies geschehen? Es ist selten genug, daß sich ein Mitglied der Bundesregierung einer solchen für uns vitalen Frage stellt. Dies ist bereits lobenswert. Wenngleich Windelens Antwort auf die Frage, wie der Artikel 5 des Grundlagenvertrages in konkrete Politik umgesetzt werden kann, zu einer Entgegnung herausfordert.

Bundesminister Windelen greift durch die Verwendung der Begriffe Friedenserhaltung und Friedensgestaltung die bekannte Unterscheidung des verstorbenen Staatsministers Dr. Mertes auf. Seine wichtigsten Thesen sind:

- „Die Friedenserhaltung ist eine vorrangig militärisch-politische Aufgabe, die sich auf Erhaltung der Verteidigungsfähigkeit und Wahrung des militärischen Gleichgewichts richtet. Diese Aufgabe muß im Bündnisrahmen geleistet werden.“
- Es gibt für die Bundesrepublik wie für die DDR keine sicherheitspolitischen Sonderwege.
- Eine „aktive Deutschlandpolitik“ könne nur auf der festen Grundlage unserer West-Bindung erfolgreich sein.
- Im Konfliktfalle zwischen Bündnisloyalität und den innerdeutschen Beziehungen hat das Bündnis Vorrang, so Windelen, und wir müßten uns gegen die Beziehungen zur DDR entscheiden.
- „Spielraum für die stetige Weiterentwicklung der Innerdeutschen Beziehungen ist nur dann gegeben, wenn die jeweilige Bündnisloyalität beider Staaten keinerlei Zweifeln unterliegen.“

Dies zur Friedenserhaltung als Aufgabe, die nur im Bündnis zu lösen ist. Und die Friedensgestaltung? „Ist Friedenserhaltung also der Partnerschaft im Bündnis vorbehalten, so kann die Friedensgestaltung Brücken über die System- und Bündnisgrenzen hinweg bauen und den Frieden auf nichtmilitärische Weise sicherer machen. In diesem Sinne richtet sich Friedensgestaltung auf Dialog, Verständigung, Zusammenarbeit und die Lösung humanitärer Probleme - kurz gesagt: auf den Abbau von Spannungsur-sachen und den Aufbau von Vertrauen.“ Nachdem Windelen oben eine Sonderrolle der beiden deutschen Staaten abgelehnt hat, führt er sie unter dem Stichwort Friedensgestaltung wieder ein. Die beiden deutschen Staaten sollen insofern eine Sonderrolle spielen, „als sie mit gutem Beispiel vorangehen - durch die Gestaltung ihrer Beziehungen entsprechend dem Geist und dem Buchstaben des Grundlagen-



vertrages und der KSZE-Schlußakte". Diesem Satz folgen zwei Kriterien des Friedens und der Entspannung, die auf die innerstaatlichen Voraussetzungen (Strukturen) abheben.

- „Nur wer selber friedfertig ist, kann glaubhaft zur Gestaltung des Friedens beitragen, denn Frieden beginnt zu Hause.“
- „Ein Test für die Friedfertigkeit eines Staates ist nicht zuletzt die Frage, wie er mit seinen eigenen Bürgern umgeht.“

Ein weiteres Kriterium für Friedfertigkeit sieht Windelen in der Ausgestaltung dessen, was die DDR Grenzregime nennt: „Unfriedliche Zustände an der Grenze sind mit gutnachbarlichen Beziehungen ebenso unvereinbar wie mit einer Zusammenarbeit für den Frieden.“

Als friedensfördernd sieht Windelen hingegen den „Austausch von Personen, Informationen und Meinungen“.

So wichtig es ist, bessere Voraussetzungen für intensivere Begegnungsmöglichkeiten für die Menschen in beiden deutschen Staaten zu schaffen, so kann dies doch nicht zu der These des Bundesministers führen, daß sich darin der abrüstungspolitische Beitrag erschöpfen soll, den beide deutschen Staaten in eigener Zuständigkeit auch tatsächlich leisten können. Dies wäre ein Armutszeugnis!

Windelens Antwort auf die Frage nach dem abrüstungspolitischen Beitrag beider deutscher Staaten beruht auf einem Gemisch von widersprüchlichen beziehungsweise inkonsequenten Gedanken, defensiven Vorschlägen und einem eingeschränkten Souveränitätsdenken. Zudem geht er von einer anfechtbaren Prämisse aus: Friedenserhaltung als vorrangig militärisch-politische Aufgabe ist nicht allein im Bündnis zu erreichen. Sie ist eine Ost-West-Aufgabe zwischen den existierenden Bündnissen. Dies ist erst kürzlich in der gemeinsamen Erklärung von Präsident Reagan und Parteichef Gorbatschow bestätigt worden. Friedenserhaltung unter atomaren Bedingungen hat es mit der gemeinsamen Sicherheit zu tun. Im übrigen dient es nicht der Klärung, wenn Friedenserhaltung und Friedensgestaltung so getrennt werden, wie dies bei Windelen geschieht.

Beides gehört eng zusammen. Dies ist auch Tenor der von Windelen herangezogenen Schlußakte von Helsinki. Willkürlich verfährt der Bundesminister, wenn er Friedenserhaltung auf eine „vorrangig militärisch-politische Aufgabe“ reduziert. Der Frieden beziehungsweise die Friedensgestaltung hat es auch mit nichtmilitärischen Elementen zu tun. Auch hier ist eine Trennung in vorrangig militärisch-politische Aufgaben und nichtmilitärische Elemente nicht sehr sinnvoll. Widersprüchlich und inkonsequent verfährt der Minister auch in einem anderen Punkt: Wenn er einerseits feststellt, daß die beiden deutschen Staaten die jeweils „zweitwichtigsten Partner in ihren Bündnissen“ sind und beide das „größte Interesse an einer Stärkung des Friedens“ haben, so kommt es einer Amputation deutsch-deutscher Möglichkeiten gleich, wenn sie sich auf den „Austausch von Personen, Informationen und Meinungen“ beschränken und dies als abrüstungspolitischen Beitrag beider deutscher Staaten ausgeben. Windelens Plädoyer für friedenssichernde Beiträge der beiden deutschen Staaten auf nichtmilitärische Weise durch deutsch-deutsche Zusammenarbeit ist nicht sehr überzeugend und sehr defensiv zudem.

- Einmal wird hier etwas ausgeklammert, worüber beide deutsche Staaten bereits miteinander sprechen, nämlich im Rahmen der Stockholmer KVAE sind beide deutsche Staaten-initiativ, um die vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen militärisch bedeutsam zu machen.
- Zum anderen verbaut der Bundesminister eine deutsch-deutsche Zusammenarbeit, die durch behutsame Konsultationen im Rahmen der deutsch-deutschen Konsultationsvereinbarung von 1972 herauszufinden versucht, welche abrüstungspolitischen Themen geeignet sind für gemeinsame beziehungsweise parallele Initiativen.

Windelen sorgt sich über einen Sonderweg, der die Bündnisloyalität der Bundesrepublik und ihre Westbindung in Frage stellt und polemisiert gegen „inkompetente Gespräche“. Es sollte doch möglich sein, sicherheitspolitische Themen in den deutsch-deutschen Beziehungen zu finden, die nicht als deutschen Sonderweg markiert werden können, und die die Westbindung der Bundesrepublik Deutschland nicht in Frage stellen, aber für das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der DDR wichtig und für die Lage in Mitteleuropa nützlich sind. Solche Themen gibt es. So sollte beispielhaft darauf hingewiesen werden, daß es gegenwärtig in Stockholm darum geht, den völkerrechtlichen verbindlichen Gewaltverzicht durch militärisch bedeutsame und kontrollierbare vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen zu konkretisieren. Das politische Element würde hier mit dem militärischen organisch verbunden werden. An weiteren Beispielen fehlt es nicht.

So könnten die beiden deutschen Staaten ihren spezifischen Beitrag einbringen, um die in beiden Bündnisystemen wirksamen irreführenden Bedrohungsvorstellungen abzubauen.

Weiter geht es darum, daß beide deutsche Staaten ihren Beitrag für eine chemiewaffenfreie Zone liefern, die nicht im Widerspruch zum weltweiten Versuch der Vernichtung von C-Waffen stehen muß.

Bundesrepublik wie DDR könnten ihren Beitrag in ihren Bündnissen dafür leisten, daß die Militarisierung der Dritten Welt durch Waffenlieferungen und andere militärisch relevanten Aktionen reduziert wird.

Dabei wird hier nicht einem sicherheitspolitischen Voluntarismus das Wort geredet, sondern es geht darum, auf der Grundlage der sicherheitspolitischen Konsultationsvereinbarung von 1972 geeignete Themen herauszufinden, die den spezifischen Möglichkeiten beider deutscher Staaten in ihren jeweiligen Bündnissen entsprechen.

Es kommt jetzt darauf an, daß beide deutsche Staaten behutsam den Handlungsraum ausfüllen (Windelen spricht von „Spielraum“), den sie im Rahmen ihrer Bündnisse haben, der ihnen aufgrund ihrer besonderen Betroffenheit zukommt und ihrem sicherheitspolitischen Gewicht entspricht: Dabei darf keiner den anderen überfordern. Die Palette der Themen darf von einer Seite nicht willkürlich begrenzt werden, wie dies im vorliegenden Artikel von Windelen geschieht. Die Interessenlage des jeweils anderen sollte bei der Festlegung der Themen auch ein Kriterium sein.

Wenn dies von beiden deutschen Staaten so gesehen wird, sollten geeignete Themen gefunden werden und deutsch-deutsche Handlungsfelder geöffnet werden.

Der Bundesregierung ist dringend zu raten, in Konsultationen mit der DDR-Regierung im oben ange-deuteten Sinne einzutreten.

(-/10.12.1985/rs/ks)

+ + +



Ein Haushalt für 12

Zu den Haushaltsberatungen des Europäischen Parlaments

Von Magdalene Hoff MdEP

Mitglied des SPD-Parteivorstandes

Mitglied des Haushaltsausschusses des Europäischen Parlaments

In dieser Woche behandelt das Europäische Parlament (EP) den EG-Haushalt 1982 in 2. Lesung. Die Haushaltsberatungen gewinnen diesmal aufgrund neuer Fakten eine besondere Bedeutung. Durch den Beitritt von Spanien und Portugal zur Gemeinschaft wird zum ersten Mal ein Haushalt für 12 Mitgliedstaaten aufgestellt. Ebenfalls zum ersten Januar 1986 werden die Eigenmittel der EG erhöht.

In diesem Rahmen hat die EG-Kommission einen Haushalt entworfen, den der Rat bei seiner 1. Lesung verändert hat. Dabei wurden die Zahlungen um insgesamt 3,2 Milliarden ECU und die Verpflichtungen um 2,4 Milliarden ECU gekürzt. Mit diesen Kürzungen bleiben zum einen die sogenannten Altlasten, das heißt die Zahlungsermächtigungen (Ergebnis vorangegangener Verpflichtungsermächtigungen) unberücksichtigt. Zum anderen werden die Kosten, die durch die Süderweiterung auf die bisherige Zehner-Gemeinschaft zukommen, nicht erfaßt.

Dieses Verfahren ist auf breiten Protest des EP gestoßen, weil einerseits die mangelnde Berücksichtigung der Altlasten zu einer Blockierung der Strukturfonds führen könnte und andererseits die Nichtbeachtung der Erweiterungskosten die Beziehungen der Zehn zu den beiden neuen Mitgliedstaaten von vornherein belastet. Zudem würden die beiden Länder gleich zu Beginn ihrer EG-Zugehörigkeit in die Position von Nettozahlern gedrängt.

Dies will das EP nicht hinnehmen. Im Gegenteil: Eine Mehrheit der Stimmen von Sozialisten und Christdemokraten, die die Kosten des Beitritts Spaniens und Portugals und die Altlasten berücksichtigt, zeichnet sich ab. Dafür haben beide Fraktionen ein gemeinsames Vorgehen bei der 2. Lesung des Haushalts vereinbart.

Ich hoffe, daß es bei dieser gemeinsamen Strategie bleibt. Das würde die Haushaltsberatungen erleichtern, die notwendigen Stimmen für die Abstimmung über den Haushalt sichern und den berechtigten Forderungen des EP Nachdruck gegenüber dem Rat verleihen. (-/10.12.1985/vo-he/rs)

+ + +



**Weniger Unfälle bei Geschwindigkeitsbegrenzung**

**Sicherheitsgründe rechtfertigen bayernweites Tempolimit**

Von Karl-Heinz Hiersemann MdL  
Stellvertretender Vorsitzender der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Ich habe die Staatsregierung aufgefordert, von ihrem Recht Gebrauch zu machen, auf den bayerischen Autobahnen aus Sicherheitsgründen ein Tempolimit einzuführen. Grundlage meiner Forderung ist das Ergebnis einer von der SPD angeregten Untersuchung über die Unfallzahlen auf den drei bayerischen Teststrecken im Rahmen des Großversuchs im Vergleich zu den Unfallzahlen bei nichtlimitierter Geschwindigkeit.

Diese weist aus, daß auf den drei Teststrecken im Juli 1985 insgesamt 96 Unfälle zu verzeichnen waren. Dabei gab es 26 Verletzte, aber keinen Toten. Im Juli 1984 gab es bei 104 Unfällen vier Tote und 52 Verletzte. Auf der Strecke vom Autobahndreieck Nürnberg/Feucht bis zur Anschlußstelle Altmühltal verringerte sich die Anzahl der Unfälle von 40 im Juli 1984 auf 35 im Juli 1985. Die Angaben der beiden weiteren Versuchsstrecken A 95 und A 8 lassen sich mit der A 9 nicht vergleichen, da der Test dort nur bis zum 14. Juli 1985 lief.

Aussagekräftiger wäre das Ergebnis der vergleichenden Untersuchung gewesen, hätte sich das Innenministerium nicht nur auf den Monat Juli beschränkt, sondern den gesamten Zeitraum der Tempolimit-Versuche in den Vergleich zum Vorjahr gesetzt. Hier hatten Erhebungen der Polizeidirektion Schwabach nämlich ergeben, daß die Zahl der Unfälle auf der mittelfränkischen Limit-Strecke seit Einführung der Geschwindigkeitsbegrenzung am 20. Februar 1985 bis Ende Juni von 48 im Vorjahr auf 27 zurückgegangen ist.

Auf meine Frage, welche Gründe zu dem Unfallrückgang geführt haben, äußerte sich Bayerns Innenminister sehr vorsichtig. Zunächst erwähnte Hillermeier die „Gesetze der Physik“, denen es entspreche, „daß eine Reduzierung der Geschwindigkeit grundsätzlich das Unfallgeschehen positiv beeinflusst, insbesondere hinsichtlich der Unfallfolgen“. Maßgebend, so fuhr er fort, „ist aber nicht eine angeordnete, sondern die im Unfallzeitraum tatsächlich gefahrene Geschwindigkeit“. Daher sei es von Bedeutung, „daß die Akzeptanz dieser Geschwindigkeitsbegrenzung auf den Teststrecken nach polizeilichen Ermittlungen verhältnismäßig gering war“. Sie habe teilweise nur 30 Prozent betragen.

Zu dem logischen Schluß, daß bei Einhaltung der Geschwindigkeitsbegrenzung die Unfallzahlen dann noch geringer wären, entschließt sich der Innenminister jedoch nicht. Hillermeier wörtlich: „Eine Aussage dahingehend, daß die Begrenzung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf den Teststrecken von entscheidendem Einfluß auf die Unfallsituation ist, kann derzeit nicht getroffen werden. Es ist zwar möglich, daß diese Tatsache auch dazu beigetragen haben kann, die Gesamtzahl der Unfälle zu verringern, jedoch könnte dies auch ohne die Festsetzung von Geschwindigkeitsbegrenzungen auf den Teststrecken der Fall gewesen sein...“.

In meinen Augen ist dies ein beispielloser Eiertanz, der nur den Schluß zuläßt, daß der CSU offensichtlich nicht einmal Menschenleben wert sind, der Raserei auf unseren Straßen durch Gesetzesregelungen Einhalt zu gebieten. Der Schutz der bedrohten Wälder - das hat die überhastete Entscheidung der Kohl-Regierung nach dem Großversuch bewiesen - ist ihr ohnehin gleichgültig.

(-/10.12.1985/rs/ks)

+ + +

